

[\[Go To Best Hit\]](#)

© Cash; 29.11.2002; Nummer 48; Seite 16

EWR

Unsere Wirtschaft orientiert sich an Blochers Alleingang

Schweizer Unternehmer gehen trotz schleppendem Wirtschaftswachstum auf Distanz zu Europa. Damit werden wichtige Reformen versäumt: Die Schweiz gerät immer mehr ins Hintertreffen.

*Zehn Jahre nach dem EWR-Nein eilt die Wirtschaft Christoph Blocher hinterher und begnügt sich mit dem **Alleingang**. Doch aus eigener Kraft schafft die Schweiz die notwendigen Reformen nicht: Unser Land gerät gegenüber der EU wirtschaftlich immer mehr ins Hintertreffen.*

ANNETTA BUNDI, JÜRIG Wegelin

Der 6. Dezember 1992 markiert nicht nur für die Schweiz, sondern auch im Leben von Christoph Blocher einen Wendepunkt. Sein erbitterter Kampf gegen den EWR wurde vom Volk zwar knapp unterstützt, doch das gedemütigte Establishment reagierte betupft: Wenige Monate nach der denkwürdigen Abstimmung musste der Zürcher Volkstribun seinen Sessel im Verwaltungsrat der damaligen Bankgesellschaft räumen.

Solche Strafaktionen sind heute nicht mehr denkbar. Denn die Wirtschaft ist inzwischen auf den Kurs von Blocher eingeschwenkt. Von einer «nationalen Katastrophe», wie sie der verstorbene Spitzendiplomat und langjährige ABB-Kopräsident David de Pury in der Schweiz nach dem EWR-Nein geortet hatte, mag niemand mehr sprechen. Im Gegenteil: Eine Verhärtung der Fronten wird achselzuckend in Kauf genommen, wie das Gerangel ums Bankgeheimnis zeigt. «Blocher hat sich auf der ganzen Linie durchgesetzt», urteilt Peter Bodenmann, der ehemalige SP-Präsident und spitzzüngige Walliser Hotelier. «Politik und Wirtschaft haben sich aus der EU-Diskussion verabschiedet.»

Blochers Taktik ist aufgegangen. Zehn Jahre nach der EWR-Abstimmung mag sich am Europa-Thema niemand mehr die Finger verbrennen. Sein Triumph entpuppt sich allerdings als Pyrrhussieg: Die Exportwirtschaft zum Beispiel zahlt den vom Volkstribun gerne ins Feld geführten Zinsvorteil gegenüber der EU mit einem auf hohem Niveau fluktuierenden Frankenkurs. Und tiefe Kapitalkosten nützen dem Investor wenig, wenn die Baupreise, wie fast alle anderen Preise (siehe Box), höher sind als bei der ausländischen Konkurrenz.

Gravierender, als Blocher vorgibt, ist auch das Wachstumsdefizit der Schweiz: Dieses besteht zwar bereits seit Mitte der Siebzigerjahre, hat seit der Ablehnung des EWR-

Vertrages 1992 aber stark zugenommen (siehe Grafik). Die Länder der EU hingegen profitieren von der Integration in den Binnenmarkt und vom Schwung der damit ausgelösten Reformen. Österreich hat die Schweiz inzwischen nicht nur im Skifahren, sondern auch beim Wirtschaftswachstum abgehängt.

Die Schweiz ist aus eigener Kraft nicht zu Reformen fähig

Kein Wunder, macht nun das Wort vom «verlorenen Jahrzehnt» die Runde. **Avenir Suisse**, der Think Thank der Wirtschaft, spricht im Unterschied zur Schönfärberei ihrer Auftraggeber in den Chefetagen gar von einer doppelt verpassten Chance: «Weder erntet man die vollen Früchte des grossen, dynamischen Binnenmarktes, noch wurde der heimische Boden mit den notwendigen Reformen für das zukünftige Wachstum bestellt.»

Die Schweiz ist nicht fähig, ihre verkrusteten Strukturen aus eigener Kraft aufzubrechen. «Wenn wir dem EWR beigetreten wären, wären uns die unfruchtbaren Diskussionen über die Liberalisierung des Post- und Strommarktes erspart geblieben», ärgert sich Silvio Borner. Der Basler Ökonom sagt der Schweiz schwierige Zeiten voraus. Die EU stelle unser Land Schlag auf Schlag vor vollendete Tatsachen: «Im Anpassungsprozess werden wir der EU auch in Zukunft dauernd hinterherhinken.» Damit ist der von Blocher propagierte **Alleingang** schleichend Realität geworden. Denn für einen EU-Beitritt fehlen der Schweiz derzeit die Kraft und der Wille. Gleiches gilt für die neuen bilateralen Verhandlungen, die zwar als Pflichtübung weitergeführt, aber kaum je abgeschlossen werden dürften.

Die EU drängt auf immer grosszügigere Zugeständnisse. So erwartet sie von der Schweiz, dass diese ihren Acquis und damit das geltende und künftige EU-Recht übernimmt. Dieses Angebot ist für die Schweiz nicht akzeptabel, und deshalb haben die Durchhalteparolen von Politik und Wirtschaft bloss noch symbolischen Charakter. «Es gibt keinen anderen Weg als den Bilateralismus», versucht Economiesuisse-Chef Ueli Forster der Wirtschaft Mut zu machen. Doch er weiss, dass deren Anliegen mit dem ersten Paket weitgehend erfüllt sind und der bilaterale Weg «mühsam und Zeit raubend» ist.

Beliebte Shopping-Ausflüge ins Ausland

Derweil arrangiert sich die Schweizer Bevölkerung mit ihren Nachbarländern auf eine bestechend simple Art: Tausende von Konsumenten shoppen im grenznahen Ausland oder benutzen das verlängerte Wochenende in Paris für den Einkauf von Medikamenten oder Fleisch. Damit folgen sie Borners Beispiel. Der Ökonom pfeift auf das Schweizer Buchkartell und beschafft sich seine Bücher bei Amazon im Internet. «Für meine Online-Einkäufe führe ich ein Bankkonto in Grossbritannien.»

Solche Rezepte mögen dem einzelnen Bürger helfen. Doch taugt der **Alleingang** auch für die Schweiz als ein stark exportorientiertes Land mitten im europäischen Binnenmarkt? Blocher gibt sich selbstbewusst und beruft sich auf die Welthandelsorganisation: «Die EU muss sich an die WTO-Regeln halten.» Mit Zöllen und dergleichen könne sie die Schweiz deshalb nicht unter Druck setzen. «Als zweitwichtigster Kunde der EU könnten wir notfalls

auch Retorsionsmassnahmen ergreifen.» Da könnte sich der machtbewusste Volkstribun indes gewaltig täuschen. «Die WTO setzt auf grosse Wirtschaftsräume und nicht auf Einzelkämpfertum», ist Europarechts-Experte Thomas Cottier überzeugt.

Reformstau im Service Public

Wie es die EU macht: Die europäischen Länder versprechen sich von einem schärferen Wettbewerb im Post-, Telecom- und Strommarkt bessere Leistungen und tiefere Preise. Sie treiben die Liberalisierung staatlicher Infrastrukturbetriebe konsequent und in forschem Tempo voran. So wird das Briefmonopol auf Anfang nächsten Jahres von 350 auf 100 g gesenkt. In der Schweiz wird dies frühestens 2006 der Fall sein. Im Telecombereich hat die EU im Unterschied zur Schweiz die letzte Meile geöffnet. Und auch im Strom- und Gasmarkt strebt sie bis 2007 eine vollständige Liberalisierung an.

Was die Schweiz verpasst: Die Monopole bei der Briefpost, der letzten Meile und auf dem Strommarkt zementieren den Status quo. Der notwendige Strukturwandel wird hinausgeschoben. Das führt zu höheren Preisen. Die Maschinenindustrie muss heute mit 40 Prozent höheren Tarifen rechnen als die deutsche Konkurrenz. Da die Schweiz mit der EU eng verflochten ist, ihren Markt aber weit gehend abschottet, muss sie sich auf Strafmassnahmen gefasst machen.

Schere öffnet sich

Wachstum in der Schweiz

Seit der Ablehnung des EWR wächst die Wirtschaft in den EU-Ländern bedeutend stärker als in der Schweiz.

Preisinsel Schweiz

Wie es die EU macht: Die Verwirklichung des Binnenmarktes und die Abschaffung der Grenzformalitäten hat zu sinkenden Transaktionskosten und zu einem verschärften Preiswettbewerb geführt. Das griffige europäische Kartellrecht fördert diesen Wettbewerb. Mit der Einführung des Euros werden die Preise besser vergleichbar, was sie weiter unter Druck setzt. Bei den Devisentransaktionen und Wechselkursabsicherungen wurden Kostensparungen erzielt.

Was die Schweiz verpasst: Unser Land ist in Europa trotz der vergleichsweise tiefen Mehrwertsteuer und einem niedrigen Zinsniveau eine Hochpreisinsel. Das Schweizer Preisniveau liegt um 36 Prozent über dem EU-Schnitt. Teurer sind insbesondere Nahrungsmittel. Die Preise für Fleisch liegen im Durchschnitt um 89 Prozent über jenen der EU. Neben dem höheren Lohnniveau und dem Agrarschutz liegen die Gründe vor allem im mangelnden Wettbewerb. Die Erschwerung bzw. Verhinderung des Parallel-

imports marken- und patentrechtlich geschützter Produkte verunmöglichen einen echten

Preiswettbewerb.

Illustration: Igor Kravarik; Foto: Andreas Eggenberger

«Die Leute merken, dass ein Beitritt schadet»

Christoph Blocher lacht sich ins Fäustchen: Die EU-Verdrossenheit der Wirtschaft bestätigt ihn in seinem Widerstand gegen die EU.

Annetta Bundi, Jürg Wegelin

CASH: Die Wirtschaftsführer gehen heute deutlich auf Distanz zur EU und zur zweiten bilateralen Runde. Befriedigt?

Christoph Blocher: Klar freut es mich, dass nun auch die Wirtschaft merkt, wie sehr ihr ein EU-Beitritt schaden würde. Aber ich habe meinen Kampf nie aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen geführt. Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Freiheit behalten.

Damit isoliert sich die Schweiz. Das Wachstumsdefizit gegenüber der EU zeigt doch, dass uns der Reformdruck fehlt.

Das Wirtschaftswachstum ist nur ein Merkmal, um den Erfolg einer Volkswirtschaft zu messen. Bei allen anderen Faktoren schneidet die Schweiz sehr gut ab: Wir haben tiefe Zinsen, eine tiefe Arbeitslosigkeit, tiefe Inflation und ein hohes Wohlstandsniveau. Dass die Wirtschaft schwach wächst, liegt an der ständig steigenden Fiskalquote. Und darüber hinaus weist eine bereits hoch entwickelte Volkswirtschaft naturgemäss ein kleineres Wachstum auf als Länder mit grossem Nachholbedarf.

Aber die Fiskalquote erklärt nicht alles. Die Schweiz schafft die nötigen Reformen nicht, wie die Strommarkt-Abstimmung gezeigt hat.

Ich befürworte eine Liberalisierung des Strommarktes. Aber wenn das Volk diese nicht will, darf man es nicht in die EU zwingen, um etwas zu tun, was es gar nicht will.

Aber das Volk leidet unter hohen Preisen. Und überhöhte Kosten schwächen doch auch Ihre Wett-

bewerbskraft als Unternehmer.

Die Schweiz ist in der Tat ein teures Land. Die hohen Preise sind durch das Lohnniveau und die hohen Qualitätsstandards zu erklären. Denken Sie zum Beispiel an den Bau: Verglichen mit unseren perfekt gebauten Schweizer Häusern leben die Amerikaner doch in «Kartonschachteln».

Ist der **Alleingang** für Sie nach wie vor die einzig richtige Option?

Ich bin nicht für Isolation. Aber die Selbstbestimmung hat sich politisch und wirtschaftlich gelohnt.

Blocher freut sich über den Kurswechsel der Unternehmer.

www.swissdox.ch · E-Mail: contact@swissdox.ch